



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung  
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege  
und Transformation  
Herrn Michael Hüttner, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

**18/7012**  
**VORLAGE**

**DIE MINISTERIN**

Bauhofstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2452  
Mail: [poststelle@mastd.rlp.de](mailto:poststelle@mastd.rlp.de)  
[www.mastd.rlp.de](http://www.mastd.rlp.de)

21. Februar 2025

<b>Mein Aktenzeichen</b> PuK	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b> Dagmar Rhein-Schwabenbauer <a href="mailto:Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de">Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de</a>	<b>Telefon / Fax</b> 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

**32. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation  
am 14. Februar 2024  
hier: TOP 9**

**Standardabbau im Sozialbereich  
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/6918**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der 32. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 14. Februar 2025 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

In seiner Regierungserklärung vom 18. September 2024 hat Ministerpräsident Alexander Schweitzer auf die wachsende, strukturelle Belastung der kommunalen Haushalte im Bereich der Sozialausgaben hingewiesen.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, die auch den Landeshaushalt betrifft, haben die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände daher vereinbart, die Ursachen für die Höhe der Sozialausgaben in den öffentlichen Haushalten und deren Dynamik untersuchen zu lassen und Gegenstrategien zu entwickeln.



Als Landesregierung nehmen wir die gemeinsame Verantwortung aller politischen Ebenen sehr ernst und setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ausgaben ein. Aus diesem Grund hat der Ministerpräsident die in der Staatskanzlei angesiedelte Arbeitsgruppe „Steuerung der Ausgabendynamik der Sozialausgaben“ einberufen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde sich nun auf Grundzüge für eine wissenschaftliche Begutachtung verständigt.

Von den Ergebnissen der Begutachtung erhoffen sich beide Parteien zum einen wichtige Einblicke in die strukturellen Defizite. Zum anderen sollen Perspektiven für die dauerhafte Entlastung der kommunalen Finanzen aufgezeigt werden.

Vor den dargestellten Hintergründen soll die Begutachtung Stellschrauben identifizieren, mit denen das strukturelle Defizit im Jugend- und Sozialhilfebereich reduziert werden kann.

Hinsichtlich der Betrachtung einzelner Bereiche oder der wissenschaftlichen Methodik wird es keine Festlegung geben. Im Gutachtenprozess sollen aber neben den quantitativen Erhebungen auch die Perspektiven der Leistungsträger sowie Leistungserbringer in das Gutachten mit einfließen.

Dabei wird das Gutachten, das in einem Zeitraum von ein bis eineinhalb Jahren erstellt werden soll, gemeinsam von der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden in Auftrag gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Schall